

## **Stadtverordnetenversammlung am 18.08.2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx,

die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Homberg (FWG) bedankt sich für die Änderung der Tagesordnung und die eingeräumte Möglichkeit ihren Antrag stellen und begründen zu dürfen.

**Die Fraktion der FWG beantragt eine erneute Beratung über die zukünftige Nutzung von Teilbereichen des ehemaligen Bauhofs (Altes Gaswerk) im Davidsweg abzuhalten und die Sache wegen fehlender Beschlussreife an den Magistrat der Kreisstadt Homberg (Efze) zurück zu verweisen. Der Magistrat ist zu bitten,**

- a) die vorgelegten Berechnungen zur Höhe von Investitionskosten der Varianten A (Abriss) und B (Sanierung) auf Vollständigkeit zu überprüfen,**
- b) zur vorgestellten Variante A (Abriss des Gebäudes und Grundstückssanierung) ein weiteres Angebot (richtig eine weitere Kostenermittlung) der Firma Wüsteneck, Anlagenbau einzuholen,**
- c) die Wertansätze der Folgekostenrechnung des geplanten Jugendzentrums zu überprüfen,**
- d) die Empfehlung der Bauverwaltung zur Annahme des Angebots Firma Wüsteneck, Anlagenbau bei Variante B (Teilsanierung des Grundstücks und Umbau des Gebäudes zu einem Jugendzentrum) zu überprüfen und der Stadtverordnetenversammlung zum Vergleich der Angebote Firma Wüsteneck, Anlagenbau und Büro für GEOTECHNIK aussagekräftige Unterlagen vorzulegen**
- e) und der Stadtverordnetenversammlung zum nächsten Sitzungstermin am 29.09.2011 einen entsprechenden Magistratsbeschluss unter Beifügung der vom Rechnungshof geforderten Berechnungen und des sogenannten Signalwerts vorzulegen.**

## Begründung

Ein Verlesen der genauen und umfangreichen Antragsbegründung kann sicher unterbleiben, da die Unterlagen den Stadtverordneten als Erläuterung zur Tagesordnung in gedruckter Form vorliegen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger finden den vollständigen Wortlaut des Antrags auf der Homepage der FWG Homberg (Efze) unter [www.fwg-homberg.de](http://www.fwg-homberg.de).

In der Stadtverordnetenversammlung am 09.06.2011 fand eine Beratung über die zukünftige Nutzung des ehemaligen Bauhofs (Altes Gaswerk) statt. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung begrüßten, dass seitens der Verwaltung eine Alternative zum Abriss aufgezeigt wurde.

Detaillierte Unterlagen und Berechnungen wurden nach Aufforderung durch die FWG jedoch erst wenige Tage vor dem Sitzungstermin an die Fraktionen übergeben, so dass allein schon aus Zeitgründen am Termin 09.06.2011 keine Aussagen zu Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit getroffen werden konnten

In den Erläuterungen zur Tagesordnung der Sitzung vom 09.06.2011 wird auf einen Magistratsbeschluss (Anlage 20) verwiesen, der ausweislich des Sitzungsprotokolls überhaupt nicht getätigt wurde. Der Magistrat wurde lediglich informiert.

Wesentliche Unterlagen über die Höhe der Investitionskosten, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Gutachten haben dem Magistrat damals auch gar nicht vorgelegen, so dass er nicht verantwortungsbewusst hätte entscheiden können.

Nach Berechnungen der FWG-Fraktion muss das vorgestellte und auch in der Presse veröffentlichte Zahlenmaterial als Schönrechnerei angesehen werden. Wir können die versprochene Kostenersparnis nicht erkennen.

Für die Abrissvariante liegt eine Kostenberechnung des Büro für Geotechnik vor. Diese wurde der Beantragung von Zuschüssen zu Grunde gelegt und beinhaltet richtigerweise neben Sicherheitszuschlägen und Zwischenlagerungskosten das Vorhandensein der schlimmsten möglichen Variante, dass der Boden auf dem gesamten Gelände ausgetauscht werden muss.

Für die Berechnung der Sanierungsvariante Jugendzentrum wird eine wesentlich günstigere Kostenermittlung der Firma Wüsteneck zu Grunde gelegt. Ohne weitere Begründung geht diese Berechnung davon aus, dass der Boden im oberen Grundstücksbereich nicht kontaminiert ist und somit nicht ausgetauscht werden muss. Sicherheitsabschläge und Zwischenlagerungskosten des belasteten Bodenaushubs vermögen wir in der Berechnung ebenfalls nicht zu erkennen.

Es scheint also, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden, um zu erreichen, dass das Projekt allein schon wegen einer berechneten Kostenersparnis eine positive Aufnahme findet.

Ein leichtfertiger Umgang mit Haushaltsmitteln ist aber bei dem hinlänglich bekannten Schuldenstand der Stadt auf jedem Fall nicht vertretbar.

Da das Thema Umbau eines ehemaligen Gaswerks zu einem Jugendzentrum als äußerst sensibel einzustufen ist, hält es die Fraktion der FWG für essentiell wichtig, dass der Magistrat als höchstes Verwaltungsorgan der Stadt umfassend informiert und zumindest in den Stand versetzt wird, eine Entscheidung zu treffen.

Deshalb ist zunächst der Magistrat zu bitten, unter Mitwirkung der Bauverwaltung, weitere Unterlagen und Berechnungen einzuholen.

Nachdem er über diese beraten hat, sollte der Stadtverordnetenversammlung ein entsprechender Magistratsbeschluss vorgelegt werden.

Nach Vorlage von Zahlenmaterial, welches auf Plausibilität überprüft wurde, hat das Stadtparlament dann unter Berücksichtigung aller Fakten zu entscheiden:

Das Gebäude wird abgerissen und der belastete Boden wird saniert

oder

Eine neue Begegnungsstätte für die junge und ältere Generation wird geschaffen.

Unter Zeitdruck jedoch sollten weder Magistrat noch Parlament entscheiden.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich auch heute um eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger und um einen fairen Umgang mit der Interessengemeinschaft „Anlieger Altes Gaswerk“ bitten.

Eine Veröffentlichung der relevanten Unterlagen, Gutachten und Berechnungen ist absolut geboten.

Die Homepage der Stadt Homberg (Efze) würde dafür einen passenden Rahmen bieten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

gez. Achim Jäger, Fraktionsvorsitzender